

## Es gilt das gesprochene Wort!!!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit der Vorlage eines in starkem Maße umlagefinanzierten Kreishaushaltes wird gleichermaßen die Frage **zu beantworten sein**, ob bei der Planung der Kreisumlage die Finanzlage der kreisangehörigen Kommunen gebührend berücksichtigt wurde.

Diese Frage – meine Damen und Herren des Kreistages – möchte ich mit einem klaren „Ja“ beantworten. Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs, welchen ich heute in den Kreistag einbringe, haben wir die finanzielle Situation und die daraus resultierenden Probleme unserer kreisangehörigen Städte immer im Blick gehabt.

Dass dieser Kreis das Instrument „Kreisumlage“ verantwortungsvoll einzusetzen weiß, wurde in den letzten Jahren nachdrücklich bewiesen. In der Zeit der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise ist es gelungen, die Kreisumlage von Jahr zu Jahr zu reduzieren. Wenn Sie meinem Vorschlag folgen, wird die Kreisumlage in 2011 um 27 Mio. Euro geringer ausfallen als in 2008.

Meine Damen und Herren,

der von mir festgestellte Haushaltsentwurf sieht im Ergebnishaushalt Erträge von 338,18 Mio. Euro und Aufwendungen in Höhe von 359,73 Mio. Euro vor. Er ist mithin zunächst nicht ausgeglichen. Der Fehlbetrag macht 21,55 Mio. Euro aus.

Wollte man einen originären Haushaltsausgleich herbeiführen, müsste die Kreisumlage um 4,45%-Punkte angehoben werden. Eine Maßnahme, welche die Städte erheblich belasten würde. Die Möglichkeit, den Haushaltsausgleich an Stelle dessen durch Reduzierung von Aufwendungen in dieser Größenordnung herbeizuführen, sehe ich nicht. Wer die Strukturen des Haushaltes kennt, weiß, dass bereits 41,13% der Aufwendungen als Transferleistungen fremdbestimmt sind.

Die sonstigen Aufwendungen wurden auf ihre unabdingbare Notwendigkeit hin überprüft. Hierzu gehören auch die veranschlagten Personalkosten. Im Konsens mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sieht der Entwurf Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen in einer Größenordnung von 144.000 Euro vor. Die zugehörige Maßnahmenliste befindet sich in den Händen der Kreistagsfraktionen und -gruppen.

Um den Vorgaben zur Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes gerecht zu werden, schlage ich Ihnen vor, den Fehlbetrag im Ergebnisplan durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 21,55 Mio. Euro auszugleichen.

Die Ausgleichsrücklage stellt in der Bilanz des Kreises einen gesonderten Posten des Eigenkapitals dar und sollte schon im letzten Haushaltsjahr, so, wie es die Mehrheit des Kreistages zum Haushaltsplan 2010 beschlossen hatte, in Anspruch genommen werden. Die Notwendigkeit hierzu wird sich nach den letzten Berechnungen nicht ergeben.

Nach einem unter anderem auch vom Rhein-Erft-Kreis geführten und gewonnenen Streitverfahren vor dem Verfassungsgerichtshof NRW wegen fehlerhafter Berechnung der Wohngeldersparnis des Landes zum SGB II wurden in den letzten Tagen des vergangenen Jahres vom Land 21,6 Mio. Euro als Nachteilsausgleichszahlung an den Kreis überwiesen.

Der Kreistag ist mit breiter Mehrheit in der Sitzung am 07.10.2010 meinem Vorschlag gefolgt und hat festgelegt, dass Anteile der zu erwartenden Ausgleichszahlung zur Herbeiführung eines originären Haushaltsausgleichs in 2010 im Kreishaushalt vereinnahmt werden und die geplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage somit entbehrlich wird.

Von den 21,6 Mio. Euro konnte der überwiegende Anteil – immerhin 17,6 Mio. Euro – an die Kommunen weitergegeben werden. Dies entsprach 3,46%-Punkten der in 2010 gezahlten Kreisumlage. Mit den beim Kreis verbliebenen 4 Mio. Euro besteht die reelle Chance, dass der Haushalt 2010 dann entsprechend ausgeglichen werden kann.

Die Nichtinanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in 2010, welche die Verwaltung und die Mehrheit des Kreistages mit Blick auf die zu erwartende Haushaltssituation in 2011 als vorrangiges Ziel angesehen hat, eröffnet nunmehr die Möglichkeit, den Kommunen bei der Gestaltung der Kreisumlage entgegen zu kommen. Eine Hilfe, die zur richtigen Zeit kommt, denn nach der 1. Proberechnung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 erhalten die Städte gegenüber dem Vorjahr 22,5 Mio. Euro weniger an Schlüsselzuweisungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte nunmehr zu den wichtigsten Ertrags- und Aufwandsarten des Haushaltsentwurfs kommen. Der Entwurf sieht die Beibehaltung des Umlagehebesatzes von 42,53% vor. Unter Berücksichtigung der gesunkenen Umlagegrundlagen werden die Kommunen bei der Kreisumlage gegenüber dem Vorjahr spürbar um 10,2 Mio. Euro entlastet. Reduzieren werden sich die zu erwartenden Kreisschlüsselzuweisungen. Nach der 1. Proberechnung zum GFG 2011 müssen wir von einem Minderertrag von 1,65 Mio. € ausgehen. Insgesamt stehen somit dem Kreis aus der Finanzmasse – das sind die Kreisumlage und die Kreisschlüsselzuweisungen – 11,8 Mio. Euro weniger an Erträgen zur Verfügung.

Nachdem die Landschaftsversammlung mit Beschluss vom 28.02.2011 den Hebesatz der Landschaftsumlage von 16 auf 17% erhöht hat, stellen sich 1,26 Mio. Euro Mehraufwand bei der Landschaftsumlage ein, womit in 2011: 42,48% (in 2009: 39,54% und 2010: 39,88%) der von den Kommunen gezahlten Kreisumlage unmittelbar an den Landschaftsverband Rheinland weitergegeben werden. Ich sage dies ganz bewusst, meine Damen und Herren, um auf den engen Verbund zwischen Kreisumlage und Landschaftsumlage hinzuweisen.

***„Sozialleistungen lasten schwer“ – so jüngst die Überschrift in einer regionalen Tageszeitung.***

Meine Damen und Herren,

mit Sorge müssen wir seit Jahren den unaufhaltsam steigenden Aufwand an sozialen Leistungen zur Kenntnis nehmen. Neue Aufgabenübertragungen, aber auch steigende Bedarfe haben zu hohen Belastungen im kreisangehörigen Raum geführt; eine Anpassung im Bereich des Soziallastenansatzes an das überdurchschnittliche Wachstum der sozialen Kosten auf Kreisebene hat es nicht gegeben.

Hier besteht Handlungsbedarf und Handlungszwang. Wenn schon schwerpunktmäßig die sozialen Leistungen im kreisangehörigen Raum von Kreisen erbracht werden, bedarf es auch einer Zuordnung des Soziallastenansatzes auf der Kreisebene.

Eine solche Maßnahme würde zu einer spürbaren Senkung der Kreisumlage mit einem Mehr an partnerschaftlichem Umgang innerhalb der kommunalen Familie im kreisangehörigen Raum führen.

Ich denke, meine Damen und Herren, der finanzpolitische Handlungsbedarf ist erkannt. Die auf Bundesebene installierte Gemeindefinanzkommission und die gemeinsamen Initiativen der kommunalen Spitzenverbände lassen einen derartigen Schluss zu.

Bei allen künftigen gesetzgeberischen Maßnahmen wird umso mehr die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips einzufordern sein. Hierzu bitte ich die auf Landes- und Bundesebene vertretenen Mitglieder des Kreistages um tatkräftige Unterstützung. Auch die aktuell diskutierten und beschlossenen Maßnahmen beim Hartz IV-Kompromiss dürfen nicht zu einer erneuten Mehrbelastung der Kreishaushalte führen. Hier bedarf es noch einer dezidierten Darstellung des Gesetzgebers bzgl. der in Aussicht gestellten kommunalen Entlastungstatbestände.

Ich sage dies ganz bewusst, weil ich in diesem Zusammenhang an das zweite Verwaltungsmodernisierungsgesetz NRW, mit welchem u.a. die Zuständigkeit für das Pflégewohngehd und die Hilfe zur Pflege auf die Kreise übertragen wurden, erinnern möchte. Die Aufwendungen für diese „Modernisierung“ lagen in 2005 bei 14,9 Mio. Euro. Heute betragen 22,2 Mio. Euro. Gleichermaßen trifft dies auch auf die Grundsicherung im Alter zu. Bei Einführung im Jahr 2003 betrug der Aufwand 4 Mio. Euro. Zum Haushaltsjahr 2011 rechnen wir hier mit 16,9 Mio. Euro.

Im Bereich der Bauunterhaltung wird mit den vorgesehenen Ansätzen sichergestellt, dass wir unsere Schulen und sonstigen Gebäude keinem Substanzverlust aussetzen. Der geplante Aufwand für die Straßenunterhaltung berücksichtigt gebührend die vorhandenen Winterschäden. Der Fachbereich wird entsprechend meinen Vorgaben zeitnah dieses Thema aufgreifen und abarbeiten.

Im Bereich des ÖPNV wollen wir uns zukunftsorientiert positionieren. Die durch Ihren Beschluss beauftragten Gutachter sollen aufzeigen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, einen effizienten, leistungsstarken, aber auch „wirtschaftlichen“ Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Erft-Kreises sicherzustellen.

Der Finanzplan 2011, in welchem neben den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit unter anderem auch die Ein- und Auszahlungen für Investitionen zu veranschlagen sind, enthält hierfür einen Ansatz von 25,7 Mio. Euro. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 erhöhen sich die Auszahlungen um 700.000 Euro.

Für den Hochbaubereich sind Investitionen in Höhe von 4,4 Mio. Euro vorgesehen, wovon 3,9 Mio. Euro dem Konjunkturpaket II zuzurechnen sind. Diese Maßnahmen haben oberste Priorität. Es gilt, den engen Zeitkorridor, welcher bindend vorgegeben ist, einzuhalten, um die Fördervorschriften nicht zu gefährden.

3,1 Mio. Euro fließen in den Straßenbau. Für den Erwerb sonstigen beweglichen Anlagevermögens ist die Auszahlung von 2,5 Mio. Euro vorgesehen. Für das Projekt „RegioGrün“, welches im Zusammenhang mit der Regionale 2010 steht, werden Investitionen in Höhe von 3 Mio. Euro erfolgen.

Meine Damen und Herren,

der von mir vorgelegte Haushaltsentwurf sieht wiederum keine Aufnahme von Kommunalkrediten vor. Allen Unkenrufen zum Trotz haben wir seit dem 01. Januar 2008 keine neuen Kommunalkredite aufgenommen. Der Kreis bleibt damit im 4. Jahr in Folge frei von Verbindlichkeiten für Investitionskredite. Ich meine, darauf können und sollten wir gemeinsam recht stolz sein.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt 2011, so wie er nun im Entwurf vorliegt, bietet Ihnen und mir die beste Grundlage, eine vernetzte Politikgestaltung zu erreichen. Wir leben in einer Zeit mit vielen Veränderungen. Da ist einmal die Tatsache, dass wir alle älter, bunter und auf mittelfristige Sicht weniger werden. Hinzu kommt, dass sich auch ein Wertewandel ergeben hat, denn Lebensqualität wird heute anders definiert als das früher der Fall war.

Uns muss es daher gelingen, in allen Lebensbereichen, auf die wir mit unseren Gestaltungsmöglichkeiten Einfluss haben, lokal richtig und zugleich nachhaltig zu reagieren. Wir müssen dabei authentisch sein und die Besonderheiten an Rhein und Erft herausstellen.

Eine Besonderheit ist sicher der starke Wirtschaftsraum, der uns viele gute Optionen für die Zukunft bietet. Die Kommunen stellen sich den Herausforderungen, die Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze macht das deutlich.

Und gleichwohl muss es uns in diesem Jahr gelingen, eine vernetzte Wirtschaftsförderung zu entwickeln und abzusprechen. Hierbei darf nicht der politische Meinungskampf im Vordergrund stehen, sondern der Wille zum Konsens, eingebunden in eine regionale Entwicklung.

Wie es richtig geht, hat der Kreis zusammen mit den Städten Bergheim, Bedburg und Elsdorf sowie mit der RWE AG bei der Gründung des Zweckverbandes „terra nova“ unter Beweis gestellt. Ich habe mich über diese Entschlossenheit sehr gefreut. Und jetzt wird dieser Mut zur Gemeinsamkeit belohnt.

Die Landesregierung hat vor wenigen Wochen das Projekt „Innovationsregion Rheinisches Revier“ beschlossen. Bestandteil dieses Projektes, das bei der IHK Aachen in Verbindung mit dem Forschungszentrum Jülich in der Federführung angegliedert wird, ist es, den wirtschaftlichen Strukturwandel in unserem Raum weiter voranzutreiben. Dabei wird das Projekt „terra nova“ ausdrücklich Bestandteil der weiteren Planungen sein.

Die Chance, die ich sehe und damit auch persönlich verfolgen werde, besteht darin, dass das Thema „Forschung und Entwicklung“ oder „Verbund von Wirtschaft und Hochschulen“ auch in unserem Raum vorankommen wird. Neu- und Ausgründungen werden die Folge sein. Das Projekt „terra nova“ steht für neue Innovationen, insbesondere im Bereich der Energietechnologien. Patententwicklungen verbinde ich mit dem Prozess zwangsläufig.

Mit dem Projekt „terra nova“ verbinde ich aber auch die Verpflichtungen, uns bereits heute noch intensiver als bisher angedacht, mit der Zukunftsfähigkeit der Landschaft rund um den Tagebau Hambach zu befassen. Unter dem Begriff „Bergwelt Sophienhöhe“ habe ich zusammen mit meinem Kollegen aus dem Kreis Düren einen Projektgedanken entwickelt, der auf die Fragen eine Antwort geben soll, welche Gestaltungsmöglichkeiten wir mit der neuen Landschaftsstruktur gemeinsam verfolgen können. Wir sind überein gekommen, dass wir genau diesen Gedankenansatz mit einer Machbarkeitsstudie untersuchen lassen sollten, um so die Grundlage für eine Ziel 2-Förderung im Jahr 2013 zu schaffen.

Vorstellbar ist ein Gesamtkonzept, bei dem die naturnahe Erholung eng mit der sportiven Nutzung der Landschaft in Einklang gebracht werden kann. Die Möglichkeiten sollten vielfältig sein bis hin zu Angeboten des Wintersports. Allein die Aktivierung der Bandtrasse zeigt, was geht und was zu einer Exklusivität in unserem Raum führen wird.

Meine Damen und Herren,

allerorten werden Vorstellungen von neuen Lebensweisen diskutiert. Begriffe wie „Green life style“, „liveable city“ oder „life-like-a-local“ werden geprägt. Ich will hierzu keine Beziehung aufbauen. Machen wir es einfacher.

Wir leben in einer sehr heterogen geprägten Landschaft, in der zehn leistungsstarke Städte mit ihren Strukturen eingebettet sind. Es ist eine Landschaft, die durch Teile des Vorgebirges, durch alte Rheinlandschaften, durch die rekultivierte Ville, die Erftauen und die Börden- und Tagebaulandschaften geprägt wird. Bisher bestand die Kunst darin, eine eher nicht entdeckte Landschaft den Menschen, die hier wohnen, nahe zu bringen.

Der Naturpark Rheinland hat es geschafft, sich als zertifizierter Naturpark zu etablieren. Das Entdeckerjahr 2009 hat gezeigt, wie groß das Interesse der Menschen an dem eigenen Wohn- und Heimatraum ist.

Und auch der Rhein-Erft Tourismus e.V. hat sich in der touristischen Szene verankert. Als Konsortialführer und ernsthafter Partner redet der Vorstand mit, insbesondere jetzt bei der Umsetzung des Masterplans Tourismus NRW.

Große Bedeutung kommt dem Erftverband bei dem Jahrhundertwerk der „Renaturierung der Erft“ zu. Zu nennen aber sind auch weitere Projekte der Regionale 2010, wie dem der „Entdeckung der alten Römerstrassen“, der „Via Agrippa“ und der „Via Belgica“.

Schließlich hat auch der Mühlenverband Rhein-Erft-Rur e.V. eine alte Mühlenkultur belegt und ist dabei, Wasser- und Windmühlen, die uns verblieben sind, neben den bestehenden Bürgern und Schlössern, dauerhaft sichern zu helfen. Unterlegt wird dies mit dem Rheinischen Mühlen-Dokumentationszentrum auf der Gymnicher Mühle, wie überhaupt dieses Projekt als außerschulischer Lernstandort eine zentrale Bedeutung im Natur- und Landschaftsschutz erhalten wird.

Wir sprechen schließlich über eine hoch attraktive Natur-, Kultur- und Freizeitlandschaft, die uns was erzählen kann, die uns aber auch bewegt und uns immer mehr bedeuten wird.

Das Zauberwort für eine neue Lebenskultur heißt „Entschleunigung“. Unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern an Rhein und Erft bietet sich daher jetzt und in Zukunft ein großes Potential an Möglichkeiten, beim Wandern, Laufen, Radeln, Golfen, Reiten und Baden wie auch bei allen anderen noch zu nennenden Möglichkeiten des Sports, sich selbst zu finden.

Für mich ist es eine große Ehre, bei den jeweils genannten Projektträgern den Vorsitz übernommen und so meinen Beitrag geleistet zu haben.

Diese Angebotslandschaft hat sich mit allen Möglichkeiten in den Bereichen von Natur, Kultur und Sport auch zu einer hoch interessanten Gastgeberlandschaft entwickelt. Die Steigerung der Übernachtungszahlen, einbezogen der des Geschäftstourismus, erreicht inzwischen mit dem gesamten vorhandenen Bettenangebot eine Gästeschar von ca. 1 Million an Rhein und Erft. Tourismus konnte somit zu einem weiteren wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt werden.

Meine Damen und Herren,

wir sprechen vom „lebenslangem Lernen“. Wir definieren diesen Prozess im Rhein-Erft-Kreis zielgenau und zukunftsgerichtet. Wir haben unser Berufsbildendes Schulwesen inhaltlich immer weiter entwickelt. Neue Fachrichtungen wurden in das Lernangebot aufgenommen. Technische Einrichtungen wie das Kfz-Labor oder auch das in der Entstehung befindliche „Energie-Kompetenz-Zentrum“ bereichern unser Schul- und Ausbildungsangebot. Hierbei stelle ich besonders lobend die Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft heraus.

Über die Zuständigkeiten des Kreises hinaus haben wir viele Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote in aller Freiwilligkeit entwickelt und gestaltet. Ich verweise auf den Potentialcheck in der Sekundarstufe II, die Hochbegabtenförderung, die Gründungsinitiative der FHM Tec und die Gründung der Generationen Akademie.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie zu all dieser sich fortentwickelten Bildungslandschaft wesentliche Beiträge geleistet und letztlich auch die haushaltsrechtliche Absicherung beschlossen haben.

Wir sollten jetzt neben weiteren Überlegungen den Medienentwicklungsplan ebenso vorantreiben wie auch die Kraft für ein Bildungsnetzwerk entwickeln, das Grundlage für ein Leitbild „Bildung“ an Rhein und Erft werden kann.

Meine Damen und Herren,

der „Rhein-Erft-Kreis ist ein starker Kreis in einer starken Region“. Und in dieser Region haben wir uns gut eingebracht und positioniert. Man achtet den Rhein-Erft-Kreis mit seiner ganzen inhaltlichen und positiven Ausstrahlung.

In diesem Jahr geht das Projekt der „Regionale 2010“ zu Ende. Für mich war es als Vorsitzender des Projektausschusses eine wahre Freude, diesen Regionalprozess mit zu gestalten. Masterpläne wie „RegioGrün“ oder „Radregion Rheinland“, die Gärten der Technik wie „terra nova“ oder „chemergie“ oder auch Städte- und Raumprojekte wie auch Impulsprojekte haben Freude gemacht, Neues zu ges-

talten. Viele haben mitgemacht. Andere sind abseits stehen geblieben. Sie haben die Bedeutung der Regionale zu spät oder überhaupt nicht erkannt.

Am 28. März dieses Monats werde ich hier im Kreishaus den Vorsitz des Region Köln/Bonn e.V. übernehmen. Meine Aufgabe sehe ich darin, die Umsetzung der Vorstellung von einer „Metropolregion Rheinland“ zum Durchbruch zu verhelfen.

Alle Entscheidungsträger der Region sind mit im Boot, so auch unser Nachbar, der Rhein-Kreis Neuss, Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf. Gespräche mit dem Aachener Raum werden von mir ebenso geführt wie auch mit den bergischen Städten Wuppertal, Solingen und Remscheid. Im Sommer wird der Oberbürgermeister von Düsseldorf zu einem Rheinlandtreffen einladen, alles mit dem Ziel, diese Gesprächskultur für eine „Metropolregion Rheinland“ zu verstärken.

Das höherwertige Ziel ist, was wir damit verbinden, die Voraussetzungen zu schaffen, um im Wettbewerb mit anderen europäischen Metropolregionen zu bestehen. Der Mehrwert wird für uns alle groß sein.

Auf diesen Prozess haben wir uns weiter vorzubereiten und fit zu machen. Einzubinden haben wir alle Leistungsträger aus unserem Kreis. Netzwerke sind zu schaffen. Dazu zähle ich auch die vorhandene Stiftungslandschaft an Rhein und Erft, die ich zurzeit zur Zusammenarbeit bewege. Die vorhandenen Stiftungen sollten belebt und neue Stiftungen gegründet werden. Mit Hilfe von guten Projekten wird es uns gelingen, andere Stiftungen zu bewegen, sich in unserem Kreis zu engagieren. Eine stiftungsfreundliche Landschaft ist dabei mein Ziel, Grundalge für manches innovative Projekt.

Meine Damen und Herren,

ich möchte all denen, die mit vielen Entscheidungen den Kreis zu dem gemacht haben, wofür der Kreis heute steht: für Wirtschaftsstärke, Bildungsstärke, Innovation und Lebenskultur, danken. Ganz besonders stelle ich die Schuldenfreiheit heraus, zusammen mit dem Pensionsfonds ein Mustervorgang für Nachhaltigkeit.

Ich danke auch allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr starkes Engagement im Team und auch mit Einzelleistungen. Ganz besonders danke ich der Kreisdirektorin und dem Leiter der Kämmerei für die Gestaltung dieses Haushaltsentwurfs, Grundlage für eine gute und konstruktive Beratung jetzt im Parlament.

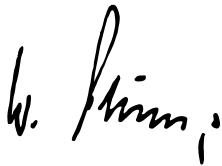
Für Sie, Herr Weitfeld, war das der letzte Haushaltsentwurf, den Sie maßgeblich gestaltet haben. Sie werden uns Ende Mai in den wohlverdienten Ruhestand verlassen. Schon heute sage ich Ihnen meinen herzlichen Dank für ihre äußerst professionelle Leistung zum Wohle des Kreises.

Ihnen ist es zu verdanken, dass wir in all den Jahren eine grundsolide Haushaltswirtschaft betreiben konnten. Darüber hinaus haben Sie die Grundlagen geschaffen, dass der Kreis auch in der mittelfristigen Betrachtung seine Schuldenfreiheit erhalten kann, sollten sich nicht irgendwelche unerwarteten Störungen ergeben.

Der Kreis steht sehr gut da. Grund genug, gut zu bleiben und noch besser zu werden.

Ich gebe jetzt den Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 in die Verantwortung des Kreistages und sichere Ihnen bei Ihrer Aufarbeitung der Inhalte die volle Unterstützung der Verwaltung zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Werner Stump  
Landrat